

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt 2016 ist geprägt von Licht und Schatten.

Zum Schatten gehört es leider auch in diesem Jahr, dass es nicht gelingt, den Haushalt auszugleichen.

Wir alle sind uns – hoffentlich – einig, dass der ausschlaggebende Grund hierfür in der nach wie vor unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen durch Bund und Land liegt.

Im gesamten Bundesland NRW haben nur 10 % der Kommunen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. In anderen Bundesländern sieht dies zum Teil übrigens völlig anders aus!

Im Klartext: 90 % der NRW-Kommunen haben keinen ausgeglichenen Haushalt oder sie befinden sich sogar – noch schlimmer – im Nothaushalt und verlieren damit auch ein großes Stück ihrer Handlungsfreiheit.

Es bleibt daher auch in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen dringend notwendig, die Gemeindefinanzen zu reformieren und die Kommunen nicht am ausgestreckten Arm verhungern zu lassen. Wir werden nicht müde, dies von Bund und Land anzumahnen, unabhängig davon, welche Parteien dort jeweils Verantwortung tragen. Ohne eine solche Reform werden die Kommunen immer mehr in die Verschuldung und in die Handlungsunfähigkeit getrieben – alles zu Lasten der Bürger vor Ort.

Wir müssen – im Sinne unserer Bürger – alles dafür tun, dass der Fehlbedarf im Ergebnishaushalt nicht größer ist als 5 % der allgemeinen Rücklage. Überschritten wir die Marke von 5 %, befänden wir uns nämlich auf dem Weg in den Nothaushalt. Da sind wir uns wohl einig: Das darf nicht passieren!

Mit diesem Haushalt schaffen wir es, die kritische Grenze von 5 % zu unterschreiten. Das ist beinahe schon ein Kunststück, wenn man sich nämlich einige wichtige Kennzahlen anschaut:

Die Schlüsselzuweisungen des Landes NRW an die Gemeinde Simmerath lagen vor gut 10 Jahren immer über drei Millionen Euro. Seit 2013 bekommen wir nicht einmal mehr 2 Millionen Euro und in 2016 bekommen wir nur noch etwas mehr als 1 Million Euro zugewiesen.

Die allgemeine Städteregionsumlage und die Jugendamtsumlage bewegen sich seit geraumer Zeit auf hohem Niveau; eine klare Folge vor allem der stetig steigenden Kosten im Sozialbereich.

Dies zeigt aber auch, dass es keine hausgemachten Gründe dafür gibt, den Haushaltsausgleich nicht zu schaffen. Wir gehen sparsam mit Geldern und Ressourcen um, wir werfen kein Geld zum Fenster hinaus.

In der Projektgruppe Finanzen, die inzwischen bereits 8 mal getagt hat, haben wir uns über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg die Köpfe darüber zerbrochen, wie wir den Haushalt verbessern können. Wir begrüßen sehr, dass diese PG Finanzen ins Leben

gerufen wurde und dass wir dort sehr konstruktiv miteinander arbeiten. Gerne setzen wir dies 2016 weiter fort, auch wenn wir heute den Haushalt für dieses Jahr beschließen werden. Es ist unsere Aufgabe – und die Bürger erwarten das auch von uns -, dass wir uns intensiv Gedanken machen und seriöse Maßnahmen ergreifen, um die finanzielle Lage zu verbessern, soweit dies überhaupt in unserer – kommunalen – Macht steht.

Angesichts der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen war auch in 2016 ein Haushaltsausgleich überhaupt nicht machbar. Es sei denn, wir hätten Steuererhöhungen in unververtretbarem Umfang vorgenommen. Das kam für uns jedoch nicht in Frage.

Ein Haushaltsausgleich ist also aktuell aufgrund der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen nicht machbar, leider - er muss aber unverändert unser Ziel bleiben. Für 2016 galt es, die 5%-Marke nicht zu reißen.

Und um dies zu schaffen, waren Steuererhöhungen in diesem Jahr nicht zu vermeiden, Wir haben deshalb moderate Steuererhöhungen vorgenommen. Zum ersten Mal seit 2011 und auf ein Niveau, das sich im interkommunalen Vergleich immer noch bestens sehen lassen kann. Schauen Sie in die Nachbarkommunen und Sie werden feststellen, dass dort überwiegend viel höhere Steuern erhoben werden.

Niemand erhöht gerne Steuern; das ist wohl klar. Aber unsere Bürger verstehen, dass dieser Schritt diesmal unvermeidlich war, wenn wir denn das Heft des Handelns weiter in der Hand halten wollen.

Die Gewerbesteuer wurde um 6 % erhöht, die Grundsteuer B um 8,8 %. Die SPD und die FDP haben sich ebenfalls zur Notwendigkeit von Steuererhöhungen bekannt. Wir verstehen dies auch als Konsequenz daraus, dass wir trotz intensiver Beratungen in der Projektgruppe Finanzen keine andere Möglichkeit gefunden haben.

Wir unterscheiden uns darin, in welchem Umfang die Realsteuern anzuheben waren. Bei der Gewerbesteuer schlug die SPD 5 % statt 6 % vor; dieser Unterschied ist erkennbar gering. Bei der Grundsteuer B wollte die SPD nur um die Hälfte anheben, also um 4,4 %.

Es steht SPD und FDP selbstverständlich frei, das so zu sehen. Aber: Dann muss man den Bürgern auch erklären, dass dies zu Mindereinnahmen von gut 190000 € führen würde. Wenn überhaupt, könnte man dann der 5 %-Marke nur ganz knapp entgehen. Das wäre extrem auf Kante genäht. Und die SPD müsste erklären, woher denn diese fehlenden gut 190.000 € kommen sollen. Hier sehen wir bislang keine ausreichenden Kompensationsvorschläge der SPD.

Wir glauben, dass die beschlossenen Erhöhungen moderat und nachvollziehbar sind. Sie sind auch ein Beitrag dazu, nicht noch immer mehr auf Kosten zukünftiger Generationen zu leben.

-

Im Haushalt 2016 sehen wir aber nicht nur Schatten, sondern auch Licht:

Im investiven Bereich müssen keine neuen Kredite aufgenommen werden. Nach der Finanzplanung wird dies auch in den nächsten drei Jahren der Fall sein. Das ermöglicht es uns, die langfristigen Schulden in großem Umfang zu reduzieren. Das wird ganz besonders den nachfolgenden Generationen zu Gute kommen!

Auch im Ergebnishaushalt verbessert sich die Lage in den nächsten Jahren nach der aktuellen Prognose deutlich. Wenn die wirtschaftliche Lage weiter stabil bleibt und die Einnahmen aus der Einkommens- und Gewerbesteuer weiterhin auf diesem hohen Niveau, wird der Fehlbetrag des Ergebnishaushaltes im Jahr 2019 nur noch knapp 120.000 € betragen. Dann werden wir also kurz vor einem ausgeglichenen Haushalt stehen.

Diese Perspektiven sind erfreulich.

-

Genauso erfreulich ist es, dass wir trotz schwieriger aktueller Finanzsituation unsere Gemeinde weiterentwickeln können.

Wir investieren viel Geld in 2016/2017 in die Feuerwehrgeräthäuser in Einruhr und Rollesbroich.

Und erst letzte Woche haben Struktur- und Sportausschuss ein großes Projekt befürwortet, nämlich das Kultur- und Sportzentrum in Kesternich. Hier unterstützen wir sehr gerne das enorme Engagement der Kesternicher Vereine sowie des SV Nordeifel. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Vorhaben die richtigen Weichen für die Zukunft stellt.

Trotz klammer Kassen haben wir alle gemeinsam ein deutliches Signal ausgesendet, dass wir dieses Projekt unterstützen und fördern.

-

Wir haben uns auch mit den Änderungsvorschlägen der SPD befasst.

Da die SPD nur etwas geringere Realsteuern beschließen wollte, würde dies zu einer Haushaltsverschlechterung von 190.000 € führen. Die Einsparungsvorschläge der SPD haben aber nur ein Volumen von 61.750 €. Würden wir den SPD-Vorschlägen folgen, würde sich das Defizit im Ergebnishaushalt also nochmals um knapp 130.000 € vergrößern.

Hierzu sind wir nicht bereit – die Gründe habe ich bereits dargelegt.

Uns überzeugen die Vorschläge aber überwiegend auch inhaltlich nicht.

Die pauschale Kürzung der Aufwendungen für die gemeindlichen Gebäude um 10 % soll ja offenbar nur ein Druckmittel in Richtung Gebäudemanagement sein. Wo genau man aber tatsächlich rund 40.000 € einsparen könnte, lässt die SPD leider völlig offen. Wir halten auch daran fest, den Rathausplatz so schnell wie möglich zu sanieren; mit bloßer Flickschusterei – die SPD sieht hierfür nur rund 15.000 € vor – ist es nach unserer festen Überzeugung nämlich nicht getan.

Die Erhöhung des Ansatzes für die Straßeninstandsetzung um 30.000 € ist uns auf den ersten Blick sympathisch. Dafür aber die Ausgaben für die Instandsetzung der Wirtschaftswege in gleichem Umfange zu kürzen, widerspricht zum einen bereits der Beschlussfassung im Fachausschuss; und zum anderen glauben wir, dass auch viele Wirtschaftswege saniert werden müssen. Jedoch fordern wir insoweit, dass die Verwaltung das Wirtschaftswegekataster aktualisiert und dass wir im TVDA nochmals detailliert beraten, bei welchen Wegen in den folgenden Jahren welche Maßnahmen tatsächlich erforderlich sind.

Dem von der SPD eingebrachten Thema „Freifunk“ stehen wir vom Grundsatz her offen gegenüber; Haushaltsmittel wollen wir hierfür aber frühestens vorsehen, wenn hierüber im Fachausschuss intensiv beraten worden ist.

Bei der UWG konnten wir uns ja gar nicht eingehend mit Vorschlägen befassen:

Bei den Beratungen zum Haushalt 2015 hatte die UWG ihre Änderungsvorschläge noch auf letzter Rille kurz vor dem interfraktionellen Gespräch vorgelegt. Es handelte sich aber wohl gar nicht um einen einmaligen Ausrutscher, wie ich letztes Jahr noch ganz naiv angenommen hatte - im Gegenteil:

Die UWG brachte nun bei den Beratungen des Haushaltes 2016 das Kunststück fertig, ihr unkollegiales Verhalten sogar noch zu steigern.

Es entspricht guter Tradition und ungeschriebener Übereinkunft in unserem Gemeinderat, Änderungsanträge im HuFA vorzustellen; so haben alle anderen Ratsmitglieder auch genügend Gelegenheit, sich hiermit zu beschäftigen.

Anders macht es aber die UWG: In der letzten HuFA-Sitzung kamen von ihr keine Vorschläge, weil ja angeblich die Mehrheitsfraktion ohnehin alles ablehnen würde. Diese Äußerung der UWG war nichts anderes als ein kommunalpolitischer Offenbarungseid.

Und dann, ein paar Tage später, äußert sich die UWG zunächst einmal lang und breit in der Presse. Erst vor 4 Tagen wird dann im Rathaus per Mail eine Aufstellung vermeintlicher Einsparungsvorschläge eingereicht.

Für Pressearbeit hatte die UWG also genügend Zeit. Die übrigen Ratskollegen interessieren die UWG dagegen offenbar erst ganz zum Schluss.

Dieses Verhalten wäre eigentlich schon Grund genug, sich mit der nun kurzfristig eingereichten Liste vermeintlicher Einsparungen überhaupt nicht mehr zu beschäftigen. Aber nicht etwa aus Überheblichkeit heraus, sondern aus Protest gegen diese Vorgehensweise.

Wenn man sich die Ideen der UWG dennoch anschaut, sind sie offenbar aber auch inhaltlich nur mit heißer Nadel gestrickt.

So will die UWG beispielsweise die Kosten für die Beseitigung wilden Mülls um 20.000 € kürzen. Eine tolle Idee: Soll der wilde Müll nach der Vorstellung der UWG also überwiegend in der Landschaft liegen bleiben?

So nebenbei vergisst die UWG dann auch noch, dass die Kosten für die Entsorgung des wilden Mülls schon im Gebührenhaushalt für die Abfallgebühren enthalten sind. Ich kann mich nicht erinnern, dass die UWG bei der Beratung über die Müllgebühren vorgeschlagen hätte, wilden Müll in der Gegend liegen zu lassen.

Wenn die UWG dann beispielsweise die Kosten für den Winterdienst und die Ausgaben für Streusalz um jeweils 19000 €/18000 € kürzen möchte, dann gilt dort das Gleiche: Diese Ausgaben sind in die Gebührenhaushalte eingeflossen. Wenn sich Überschüsse ergeben sollten, kommen diese den Gebührenzahlern im Jahr danach wieder zugute.

Die UWG will den Bürgern also im Ergebnis nur vorgaukeln, man könne im Ergebnishaushalt knapp 200000 € einsparen, um nicht in den Nothaushalt abzurutschen. Nach der Logik der UWG will sie den Bürgern dann verklickern, dass Steuererhöhungen ja gar nicht nötig gewesen wären...

So will sie sich dann den Bürgern als die edlen Ritter verkaufen, während alle anderen Ratsvertreter ihnen das Geld aus der Tasche ziehen würden.

Ich bin da aber ganz zuversichtlich: Darauf fallen die Bürger nicht herein und wir werden der UWG das auch nicht durchgehen lassen!

Wir erklären den Bürgern vielmehr, dass die UWG den Gemeindehaushalt sogar noch um 200.000 € verschlechtern möchte! Das wäre nämlich die fatale Folge des UWG-Vorschlages, die kalkulatorischen Zinsen im Abwassergebührenhaushalt von 5 % auf 3 % zu senken. Dieses Geld würde dann im Gebührenhaushalt fehlen und es müsste aus dem allgemeinen Haushalt zur Deckung genommen werden.

Ich empfehle der UWG also eindringlich, sich künftig kollegial zu verhalten und seriöse Vorschläge zu machen; an beidem fehlt es auch in diesem Jahr leider völlig!

Die UWG steckt ihre Energie stattdessen offenbar lieber in Pressegespräche und in amüsante Leserbriefe, wie man ja gerade heute noch der Lokalzeitung entnehmen konnte.

-

Meine Damen und Herren -

wir selbst belassen es bei einem einzigen Änderungsantrag, nämlich der Erhöhung des Ansatzes für die Straßeninstandsetzung um 30.000 €. Damit können dann, wie es der TVDA auch schon angedacht hatte, zwei weitere Straßen in Angriff genommen werden. Je zeitnäher wir unser Infrastrukturvermögen sanieren, umso geringer sind letztlich die Kosten der Straßeninstandsetzung.

Diese Mehrausgaben sind gedeckt durch höhere Einnahmen bei der Fremdenverkehrsabgabe und den Parkgebühren, hier orientieren wir uns an dem vorläufigen Ergebnis für das Jahr 2015.

Mit dieser gerade genannten Änderung werden wir dem Beschlussvorschlag sowie der Haushaltssatzung 2016 zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

Christoph Poschen
Vorsitzender CDU-Fraktion
im Rat der Gemeinde Simmerath

02.02.2016